

Zur eigenen Ignoranz

Koloniales Erbe und rassistische Strukturen

Annette Riedel

Europa muss die Arroganz im Umgang mit seinem kolonialen Erbe aufgeben. Das fordert Nikita Dhawan. Rassistische Strukturen leben fort. Deutschland sei zwar ein „positives Beispiel“, was die Aufarbeitung des Nationalsozialismus angeht, habe aber Nachholbedarf in Bezug auf die koloniale Vergangenheit.

Über solche Fragestellungen sprach Annette Riedel im Juni 2020 mit Nikita Dhawan im Deutschlandfunk Kultur – ein in Indien geschulter Blick auf das Heute in Deutschland.

Deutschlandfunk Kultur: *Glauben Sie, dass die weltweiten Proteste gegen Rassismus, nachdem ein weißer Polizist den Afro-Amerikaner George Floyd brutal getötet hat, mehr als ein Strohfeuer sein können?*

Nikita Dhawan: Ich möchte zunächst einmal sagen, dass die Welle von globaler Solidarität nach dem Mord an George Floyd ein sehr inspirierendes und ermutigendes Signal ist. Ein äußerst schwerwiegendes Problem erhält die nötige Aufmerksamkeit, das global seit Jahrhunderten besteht: der Rassismus. Die Herausforderung ist jetzt, diese Energien zu nutzen, für anhaltende ökonomische Veränderungen, Gerechtigkeit für Menschen aller Hautfarben und jeden Geschlechts und dass sich die Bewegung *Black Lives Matter* global in strukturelle Veränderung übersetzt. Mit Blick auf die Vergangenheit kann man nur hoffen, dass es nicht tatsächlich nur ein Strohfeuer ist, sondern zu fundamentalen Veränderungen in den sozialen Beziehungen und zwischen Menschen aller Hautfarben führt.

Im Nachgang zum Floyd-Mord hatten in Deutschland viele Afro-Deutsche, *People of Color* und Migrant(inn)en,¹ deren Perspektive zuvor selten ein Thema war, die man oft als übersensibel oder überdramatisch abgetan hat – sie hatten jetzt die Möglichkeit sich mitzuteilen: ihre Leiden, ihre täglichen Erfahrungen von Diskriminierungen. Sie wurden wahrgenommen. Ich hoffe, dass in Deutschland nicht nur der Diskurs anhält, sondern dass es zu strukturellen Veränderungen führt.

Andere sind da nicht so optimistisch wie Sie. Der in Berlin lebende und arbeitende US-amerikanischer Dirigent dunkler Hautfarbe, Brandon Keith Brown, ist pessimistisch: Wohl gäbe es jetzt viel Empathie und natürlich führe das dazu,

dass Rassismus verurteilt werde. Aber dann sei man in ähnlichen Fällen schnell zum Alltag zurückgekehrt.

Ich verstehe die Skepsis und sie beruht auf Erfahrungen aus der Vergangenheit. Wir müssen die Skepsis ernst nehmen. Was diesmal anders ist als bei Tausenden vergleichbaren Vorfällen zuvor, die unsichtbar blieben, ist dieses lange schmerzhaft Video, von George Floyds Tötung.

Hat die Bewegung Black Lives Matter ein ähnliches Potenzial und kann ähnlich viel bewirken wie in den 80er-Jahren die Anti-Atomkraftbewegung oder die Abrüstungsbewegung oder die wieder erstarkte Frauenbewegung?

Das berührt die grundlegende Frage der Beziehung zwischen sozialen Bewegungen und demokratischen Institutionen. Historisch betrachtet kann man für jedes positive Beispiel ein negatives finden und umgekehrt. Ich nehme die Skepsis anderer ernst, aber ich würde optimistisch bleiben. Ich hoffe, dass die augenblickliche Mobilisierung, dieser globale Aufschrei tatsächlich zu mehr Gerechtigkeit führt – ökonomisch und im Verhältnis von Menschen unterschiedlicher Herkunft oder Ethnien zueinander.

Auch in meiner eigenen wissenschaftlichen Arbeit findet sich die Skepsis bezüglich der Effektivität von globalen sozialen Bewegungen. Aber wir sollten trotzdem offen für überraschende Wendungen sein.

Menschen keine Etiketten verpassen

Jenseits der aktuellen Ereignisse – würden Sie sagen, dass Weiße in überwiegend weißen Gesellschaften per Definition latent rassistisch sind?

Ich bin nicht daran interessiert, Menschen Etiketten zu verpassen – etwa als antisemitisch oder rassistisch oder sexistisch. Mich interessiert vielmehr, wie Verwundbarkeit und Privilegien in einer Gesellschaft verteilt sind. In Europa oder in den USA, in Bezug auf die Trump-Unterstützer, haben wir doch gesehen, dass es absolut kontra-

produktiv sein kann, bestimmten Gruppen Etiketten zu verpassen und sie als bedauernd zu bezeichnen oder als rassistisch. Natürlich ist es wichtig, über Rassismus zu diskutieren und extrem gewalttätige und extrem diskriminierende Strukturen zu bekämpfen. Aber trotzdem konzentriere ich mich in meiner Arbeit und als Aktivistin auf die Frage der Verwundbarkeit: Warum haben manche Menschen Nachteile am Arbeitsmarkt, am Wohnungsmarkt, im Alltag? Und wie können deren Interessenvertreter gestärkt werden? Das ist besser als bestimmte Menschen als Rassisten zu etikettieren oder zu diffamieren, denn das macht es schwerer, auch bei Menschen Solidarität auszulösen oder mit ihnen Allianzen zu schmieden, die vielleicht nicht immer meiner Meinung sind.

Bundespräsident Steinmeier hat kürzlich gesagt, dass es nicht ausreicht, kein Rassist zu sein, sondern dass wir aktive Anti-Rassist(inn)en sein müssten.

Ich stimme ihm vollkommen zu und ich nenne Deutschland immer als positives Beispiel. Der deutsche Staat wurde zusammen mit den Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg auf der Überzeugung aufgebaut, dass Rassismus und Antisemitismus den Deutschen nicht genetisch im Blut liegen und auf der Hoffnung, dass sich Rassismus und Faschismus verlernen lassen und dass sich Demokratie erlernen lässt. Rückblickend betrachtet spielt dabei die politische Bildung, die in der deutschen Demokratie und in den demokratischen Institutionen verankert worden ist, eine wichtige Rolle.

Aber ja – der Bundespräsident und meine Kolleg(inn)en haben recht: Es reicht nicht aus, nicht rassistisch zu sein und vielleicht paternalistisch Menschen, die anders sind als man selbst, zu unterstützen. Sondern es geht darum, proaktiv antidiskriminierende und antirassistische Politik zu machen oder sich dafür einzusetzen.

Geht es dabei eben nicht gerade um weniger „spektakuläre“ Formen von Rassismus – also um manches Polizeiverhalten, um Chancengleichheit am Wohnungsmarkt, in der Bildung, um Karrierechancen, auch in der Politik? Überall dort werden People of Color weiter diskriminiert.

Richtig. Und da bedarf es eines Multi-Perspektiven-Ansatzes. Natürlich geht es um Alltagsrassismus, aber eben auch um strukturelle Formen von Rassismus. Deshalb würde ich als Feministin immer für einen bereichsübergreifenden Ansatz argumentieren. Das heißt, man sollte nicht nur auf die Kategorie „Hautfarbe“ schauen, sondern auf das Zusammenwirken mit anderen Kategorien – wie Nationalität, Religion, Geschlecht, Sexualität, Klasse und auf Rassismen innerhalb der Kategorien. Zusätzlich muss man sehen, wie struktureller Rassismus auf den diversen Ebenen funktioniert: der sozialen, der kulturellen, der ökonomischen und wie auch da das Zusammenwirken ist.

Sind Kolonialismus und Rassismus untrennbar?

Sie sind Expertin für postkoloniale Studien. Sind Rassismus und Kolonialismus untrennbar – gewissermaßen zweieiige Zwillinge? Es gab auch schon vorgeschichtliche Formen von Diskriminierung wegen der Hautfarbe. Aber „Rasse“ als eine Kategorie ist eine Erfindung der Moderne. Wenn man zum Beispiel die Philosophie betrachtet, ist Fakt, dass der deutsche Philosoph Immanuel Kant einer der Gründerväter dessen war, was wir „wissenschaftlichen Rassismus“ nennen. In seinen anthropologischen und geografischen Vorlesungen legt er eine Kategorisierung und eine Hierarchisierung von Rassen vor. Dabei spricht er von der „weißen Rasse als der überlegensten Rasse“. Und er behauptet sogar, dass alle anderen Rassen außer der weißen untergehen werden, weil sie die intellektuell und moralisch höchstwertigste sei. Diese Art von Diskurs schuf die Legitimierung für den Kolonialismus als Zivilisationsmission, mit der die Europäer das „Geschenk“ der Aufklärung in die Welt zu bringen meinten.

Würden Sie sagen, dass das, was wir heute an Rassismus in Europa sehen, Reste des Kolonialismus sind?

Es gibt jedenfalls gewisse Kontinuitäten, bestimmte Muster, die wir von der Kolonialzeit geerbt haben. Aber es gibt auch Unterschiede. Heute würde man zum Beispiel nicht mehr von „unzivilisiert“ sprechen. Heute spricht man von „unterentwickelt“. Anstatt von zivilisierten und unzivilisierten Gesellschaften zu reden, spricht man, um zu unterscheiden, von „unterschiedlichen Kulturen“. Oder man redet in der Sprache ökonomischer Modelle von „entwickelten und unterentwickelten“ Gesellschaften oder von „entwickelten oder unterentwickelten Rechtssystemen“. In gewisser Weise folgt das den Mustern von Rassismus, die wir aus der Kolonialzeit übernommen haben. Also – ja, es gibt eine gewisse Kontinuität, aber es gibt auch Brüche und neue Formen, die im Zusammenhang mit dem Spätkapitalismus und der Globalisierung stehen.

Ist die Kolonialzeit also zwar vorbei, aber keineswegs erledigt?

Die Frage gibt mir die Möglichkeit, mit einem gewissen Missverständnis aufzuräumen: „Post“ bei meinem Forschungsschwerpunkt „Postkoloniale Studien“ bedeutet nicht „Ende des Kolonialismus“. Es bedeutet vielmehr, dass es um die Frage geht, was die Folgen des Kolonialismus sind und die Konsequenzen bis heute. Welche Art von ökonomischen, kulturellen, politischen, sozialen Strukturen haben wir geerbt – in den ehemaligen Kolonialländern aber auch in Europa. Nicht nur Asien, Afrika, Lateinamerika müssen dekolonialisiert werden, sondern auch die USA und Europa.

Der Blick auf koloniale Gewalt relativiert nicht die Shoah

Und wir ringen noch immer mit der Dekolonialisierung. Was halten Sie von der Analyse und der Kritik, dass Deutschland

so viel Energie investiert hat in die Aufarbeitung des Nationalsozialismus – sich zu entschuldigen, zu bedauern, zu erinnern, wiedergutzumachen – dass wir darüber die Aufarbeitung unserer Kolonialzeit, so kurz sie auch gewesen sein mag, grob vernachlässigt haben?

Eines der Probleme, die ich in Deutschland sehe, ist die Falle der „Konkurrenz“, dass schnell der Vorwurf kommt, man versuche eine Form historischer Gewalt zu marginalisieren, indem man sich auf eine andere fokussiert. Was wir unbedingt leisten müssen, könnte man eine Art „360-Grad-Erinnerungspolitik“ nennen. Wir müssen das Vermächtnis des Holocaust und des Kolonialismus zusammendenken. Darauf haben schon viele bedeutende Wissenschaftler/-innen wie auch Hannah Arendt hingewiesen. Sie konzentrieren sich auf die „Verstrickungen“ – und ich benutze dieses Wort sehr vorsichtig. Das stellt in keiner Weise die Beispiellosigkeit des Holocaust infrage. Es wird damit nicht behauptet, dass es eine Kontinuität zwischen Kolonialismus und dem Holocaust gibt, und es werden damit auch in keiner Weise die Verbrechen des Nationalsozialismus gegen die Menschlichkeit relativiert. Anstatt aber eine Art Wettbewerb in der Erinnerungspolitik zu veranstalten, wo in gewisser Weise andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit marginalisiert werden, müssen wir die verschiedenen Formen zusammendenken und sie gleichzeitig unterscheiden.

Gehören Sie zu denjenigen, die glauben, dass Deutschland seine gesamte Erinnerungskultur erneuern muss? Dass wir nicht nur andere Aspekte mehr in den Blick nehmen müssen, wie gerade gesagt, sondern auch, wenn es darum geht, wie wir im öffentlichen Raum gedenken, beispielsweise in Bezug auf die Kolonialzeit?

Interessanterweise wird in der englischsprachigen Welt Deutschland immer als positives Beispiel aufgeführt, wenn es darum geht, wie man mit dem kolonialen Erbe umgeht. In gewisser Weise stimme ich den Kolleg(inn)en auch zu, dass Deutschland in mancher Hinsicht ein positives Beispiel ist, in der Art wie hier nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Hinterlassenschaft der Nationalsozialisten und dem „Dritten Reich“ umgegangen worden ist. Das zeigt sich auch in den Lehrplänen der Schulen, der Universitäten.

Aber die deutsche Kolonialgeschichte steht nicht in den deutschen Lehrplänen.

Genau. Und deshalb fordern viele meiner Kolleg(inn)en meiner Forschungsrichtung Postkoloniale Studien, dass da ergänzt werden sollte, was in Bezug auf den Nationalsozialismus schon gut platziert ist. Es ist wichtig, dass Deutschland mit Blick auf die Kolonialzeiten ähnlich viel investiert – nicht nur wirtschaftlich, sondern auch symbolisch. Bei der Erinnerungspolitik gilt das Gleiche wie bei der Antidiskriminierungspolitik, nämlich dass sie sich auf alle Ebenen erstrecken muss – auf die symbolische, wenn wir über Denkmäler reden, oder auf die institutionelle Ebene. Seien es Bildungsinstitutionen oder ökonomische. Überall

ist Vertiefung, Vielfalt und Vielfältigkeit geboten. Es gilt, dem existierenden Aspekt Nationalsozialismus den Kolonialismus hinzuzufügen.

Debatten gehören zum demokratischen Einmaleins

Sie haben irgendwo gesagt, dass wir nur nicht glauben sollten, dass die Sache damit erledigt wäre, wenn wir Denkmäler entfernen und Straßennamen ändern. Dies zu tun, wenn es Bezüge zu Rassismus und Kolonialismus gibt, ist trotzdem ein symbolisch wichtiger Teil des Dekolonialisierungsprozesses?

Was Straßennamen angeht, hat man zum Beispiel in Berlin begrüßenswerte Anstrengungen gemacht, umzubenennen, beispielsweise vom Gröbenufer nach einem Kolonialgouverneur zum May-Ayim-Ufer nach einer afrodeutschen Dichterin und Aktivistin.

Wir haben andererseits noch immer eine seit Jahren umstrittene Mohrenstraße in Berlin.

Richtig. Aber ich finde, solche Debatten sind auch ein Zeichen für eine lebendige öffentliche Sphäre der Zivilgesellschaft. Das gehört zum kleinen Einmaleins demokratischer Institutionen, dass solche Debatten wichtig sind.

Wenn wir über den Umgang mit Denkmälern reden, finden wir gute Beispiele in den ehemals kommunistischen Ländern. Dort hat es, wie ich finde, mehrere gelungene Experimente beim Umgang mit gestürzten Statuen ehemaliger Helden gegeben. In Moskau gibt es etwa ein Museum, das auch „Der Friedhof gefallener Helden“ genannt wird. Da werden die gestürzten Statuen gezeigt und Touristen kommen genauso wie Schulklassen und sie bekommen Führungen über ihre eigene Geschichte.

Also, ja, manche Statuen sollten entfernt werden, denn in gewisser Weise gedenkt man mit ihnen gewalttätiger Kapitel der Geschichte. Andererseits sie einfach unsichtbar zu machen und Geschichte damit unter den Teppich zu kehren, ist auch nicht sinnvoll. Deshalb finde ich diese Idee, die Statuen zu versetzen und gleichzeitig eine öffentliche Auseinandersetzung mit diesem Teil von Geschichte zu ermöglichen, könnte eine Variante des Umgangs sein.

Humboldt Forum: Extrem feudales Konzept

Das Humboldt Forum in Berlin ist eines der prestigeträchtigsten deutschen Kulturprojekte. Im Herzen des Forums, das Ende des Jahres [2020] öffnen wird, werden die ethnologischen Sammlungen gezeigt, mit Objekten aus der ganzen Welt außerhalb Europas. Das Konzept des Forums hat enorm viel Kritik auf sich gezogen – dazu gleich mehr. Aber lässt sich nicht zumindest eines sagen: Nie zuvor ist öffentlich so intensiv über Deutschlands koloniale Vergangenheit diskutiert worden – und das hat schon seinen eigenen Wert?

Ich habe mal zu der Frage, was ich vom Humboldt Forum halte, gesagt, das sei so, als ob man mich fragen würde, ob ich für oder gegen Vergewaltigung wäre. Für mich ist das Humboldt Forum bestenfalls das, was die Amerikaner/-innen einen *no-brainer* nennen – also ein Unterfangen ohne Sinn und Verstand.

Ich finde das Humboldt Forum extrem problematisch. Wenn es wirklich darum gegangen wäre, dass das Forum die Chance bieten soll, sich mit Deutschlands kurzer kolonialer Periode auseinanderzusetzen, dann hätte es Möglichkeiten gegeben, die Millionen statt für das Forum anderweitig einzusetzen, um Wege zu finden, sich mit der deutschen Kolonialzeit auseinanderzusetzen.

Nach dem Selbstbild des Humboldt Forums will es Begegnungsort sein für einen offenen, symmetrischen Dialog zwischen verschiedenen Kulturen.

Ja, eine der Sprecherinnen des Forums hat gesagt, die Menschen können aus der ganzen Welt kommen, um die ausgestellten Objekte zu sehen. Das ist schon fast zynisch, denn weltweit können die meisten Menschen gar kein Visum für Deutschland bekommen. Selbst in Nicht-Coronazeiten. Ich habe einen indischen Pass und ich weiß aus eigener Erfahrung, wie schwierig es ist, ein Visum für Europa zu bekommen.

Wir reden hier von Ausstellungsobjekten, die geplündert wurden – und ich sage das bei aller Vorsicht – in den Kolonialjahren geplündert wurden, und die jetzt auf eine extrem feudale Art und Weise mitten in Berlin ausgestellt werden. Und dann zu sagen, die Leute können ja aus der ganzen Welt kommen und es sei ja ein gemeinsames Kulturerbe – das ist zynisch.

Was man außerdem wissen muss, wenn man über das Humboldt Forum redet, ist Folgendes: Ich habe Deutschland ja hier schon gelobt, aber jetzt komme ich zu einem Kritikpunkt. Wenn man sich die Politik Deutschlands und auch der gegenwärtigen Bundesregierung ansieht, muss man festhalten, dass Deutschland sich noch immer nicht bei den Herero und Nama entschuldigt hat, für den an ihnen verübten Genozid während der deutschen Kolonialzeit in Südwestafrika. Die Begründung ist, dass Deutschland ja Namibia und anderen früheren Kolonien Millionen an Entwicklungshilfe gibt. Das ist für mich ein Beispiel für einen extrem unangemessenen Umgang mit der eigenen kolonialen Vergangenheit.

Die Bundesregierung verhandelt doch gerade noch mit den Herero und Nama, und es wird in jedem Fall eine gemeinsame Erklärung geben, in der zum ersten Mal offiziell von einem Genozid die Rede sein wird. Das Thema wird also nicht ignoriert, aber es kommt viel zu spät?

Ich würde nicht sagen, dass es viel zu spät kommt. Aber warum man sich überhaupt an einen Tisch gesetzt hat, lag am Druck, den Aktivist(inn)en und Wissenschaftler/-innen aufgebaut haben. Das war ein harter Kampf gegen den Widerstand der offiziellen Repräsentant(inn)en Deutschlands. Ähnlich ist das beim Humboldt Forum. Erst auf enormen Druck hat man begriffen, dass es da konzeptionelle Probleme gibt.

Rückgabe, Versöhnung, Erinnerungspolitik

Würden Sie sagen, dass den Themen Herkunft von Objekten und mögliche Rückgabe noch immer nicht genug Raum gegeben wird?

Für mich geht es um dreierlei: Rückgabe, Versöhnung und Erinnerungspolitik. Es gibt einfach wichtige symbolische Gesten. Und deshalb wäre es so unendlich wichtig, dass die Bundesregierung sich bei den Herero und Nama für den Genozid entschuldigt.

Es ist den Aktivist(inn)en, die gegen das Humboldt Forum gekämpft haben, hoch anzurechnen, dass sie mit ihrer Kritik an einigen der Konzepte auch maßgeblich dafür gesorgt haben, dass man nun zumindest verhandelt.

Was sie nicht erreicht haben, ist die eurozentristische, manche sagen rassistische Zusammensetzung der Leitung des Humboldt Forums zu verändern: nur europäische Männer und Frauen – immerhin das.

Absolut. Lassen Sie mich ein historisches Beispiel nennen: James Mill hat die Geschichte von Britisch-Indien geschrieben. Er hat nie indischen Boden betreten; er sprach keine der indischen Sprachen, und er hielt sich für besonders qualifiziert, die Geschichte Britisch-Indiens zu schreiben, weil er nicht durch irgendeinen Kontakt mit Einheimischen „kontaminiert“ war. Und weil er so „objektiv“ war, betrachtete er sich als qualifiziert und autorisiert, die Geschichte Britisch-Indiens zu schreiben.

Das Gleiche gilt für einen der immerhin bedeutendsten Philosophen, für Immanuel Kant. Er hat seine Heimatstadt Königsberg niemals verlassen. Er war niemals in Afrika, Asien oder Lateinamerika und er schrieb über „Weltbürgerrecht“. Das sind so Positionen, die Aktivist(inn)en entmutigen. Man hat manchmal das Gefühl, dass Europäer/-innen ignorant gegenüber ihrer eigenen Ignoranz sind. Und arrogant noch dazu.

Ich sage das, weil es zeigt, wie wichtig es ist, mehr Stimmen des globalen Südens und von Minderheiten in Europa zu hören. Wenn wir über diese Themen oder diese Menschen sprechen, dann kann man das nicht tun, ohne dass ihre Repräsentant(inn)en mit am Tisch sitzen. Da muss sich noch einiges tun.

Sie haben mal gesagt, dass Kolonialismus „das dunkle Herz“ der Aufklärung ist. Sie stellen Europas Bild vom Garanten der Aufklärung und ihrer Werte und als zivilisatorische Kraft in Frage. Brauchen wir nicht weniger als eine neue Aufklärung, die der kolonialen Vergangenheit ins Gesicht sieht?

Ich als postkoloniale Feministin bin inspiriert durch Theodor W. Adornos und Max Horkheimers „Dialektik der Aufklärung“. Sie kritisieren in ihrem Buch die Aufklärung und ihre Folgen und ziehen eine direkte Linie zum Nationalsozialismus. Horkheimer und Adorno hatten die Aufklärung nicht komplett abgeschrieben. Sie hatten versprochen, in einem Buch die Aufklärung zu retten, das sie allerdings nie geschrieben haben. Sie hatten ein ähnlich ambivalentes Verhältnis zur Aufklärung wie wir postkolonialen Wissenschaftler. Die Aufklärung hat einerseits sehr emanzipatorische und progressive Normen, was den Körper angeht, Freiheit, Gleichheit, Säkularismus, Rechtsstaat gebracht. Und doch brachte sie eben auch Verbrechen gegen die Menschlichkeit, Totalitarismus, Faschismus, Rassismus und Kolonialismus hervor.

Und doch ist es so, dass wir, wenn wir den Eurozentrismus und die Aufklärung kritisieren, das mit dem Handwerkszeug tun können, welches wir von der Aufklärung geerbt haben. Die schwarze Feministin Audre Lorde hat den berühmten Satz geprägt: „Man kann nicht das Werkzeug des Lehrmeisters benutzen, um das Haus des Lehrmeisters zu zerlegen.“ Vielleicht können wir ja doch die Werkzeuge des „Lehrmeisters“ nutzen – vielleicht nicht für eine neue Aufklärung, aber um sie ein Stück weit anders zu vermessen und zu kartieren, mit einem etwas anderen Ansatz der Betrachtung ihres Vermächtnisses bis heute.

Das Coronavirus ist nicht farbenblind

Das Coronavirus kennt keine Grenzen und keine Hautfarben. Hat die Pandemie trotzdem schon fast aufklärerische Qualitäten, wenn es um bestehende globale Ungerechtigkeiten geht? In dem Sinne, wie Sie mal gesagt haben: „Wir sitzen nicht alle im selben Boot angesichts desselben Sturms.“

Ich glaube schon, dass das Coronavirus wie ein Mikroskop ist, durch das die akuten globalen Ungerechtigkeiten noch offensichtlicher geworden sind. Ich würde nicht zustimmen, dass das Virus farbenblind ist. Die Wahrscheinlichkeit, dass eine *Person of Color* am Virus stirbt, ist drei- oder viermal höher.

Genauso habe ich Ihren Satz mit dem Boot auch verstanden: Das Virus selbst macht keinen Unterschied, welche Hautfarbe die Person, die es infiziert, hat. Aber die Gefahr, sich zu infizieren, und die Folgen einer Infektion sind eben nicht gleich verteilt. So ist es. Und wir müssen uns außerdem darüber im Klaren sein, dass durch die gigantischen Rettungsprogramme für die Wirtschaft und durch das ganze Geld, was jetzt ausgegeben wird, eine der größten globalen Umverteilungen

erfolgt. Wie nach der Finanzkrise 2008 geht unglaublich viel Geld wieder an Großunternehmen und an die weltweit privilegierten Akteure. Und jene Gruppen, die ohnehin verwundbar sind, schon vor Covid-19 waren – Obdachlose, Migrant(inn)en und andere marginalisierte Menschen – sie sind wieder einmal die, die am meisten unter der Krise leiden. Man braucht sich ja nur anzuschauen, was in der Fleischfabrik in Gütersloh passiert ist.

Das ist ein extrem symptomatisches Beispiel dafür, wie selbst in einem Land wie Deutschland, das international als Vorbild dafür gefeiert wird, wie sich eine Pandemie halbwegs kontrollieren und eindämmen lässt – selbst hier in Deutschland sieht man, dass es besonders verwundbare Gruppen gibt, die überdurchschnittlich gefährdet sind. Ich hoffe, wir werden von dieser Pandemie lernen können, also von der Gegenwart genauso wie von der fernerer Vergangenheit. Und ich hoffe, das führt uns in eine gerechtere Zukunft: ökonomisch gerechter und mit mehr Gerechtigkeit für Frauen und Menschen jeglicher Hautfarbe.

Danke für das Gespräch.

Zur Autorin



Annette Riedel ist Redakteurin, Autorin und Moderatorin beim Deutschlandfunk Kultur.

Zur Interviewpartnerin



Nikita Dhawan ist Professorin für Politikwissenschaft. Ihr inhaltlicher Fokus liegt auf Frauen- und Geschlechterforschung sowie auf postkolonialen Studien. Aktuell lehrt sie an der Justus-Liebig-Universität Gießen. Nikita Dhawan studierte an der University of Mumbai Germanistik und Philosophie und promovierte an der Ruhr-Universität Bochum.

Texthinweis

Das Interview mit Nikita Dhawan sendete Deutschlandfunk Kultur am 27. Juni 2020 und ist hörbar via https://www.deutschlandfunkkultur.de/nikita-dhawan-zu-kolonialismus-und-rassismus-ignoranz.990.de.html?dram:article_id=478995.

Endnote

¹ Das Gendern erfolgt durch die Redaktion SÜDASIEN.